

Volkstimme

Einzelpreis 11 Milliarden

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Wochenende abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pann-Luch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechkennzeichen: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. — Bezugspreis: Woche vom 5. bis 11. November 60 Milliarden Mark, Abholer 60 Milliarden Mark.

Anzeigen-Grundpreise. Die 10gepaltene, 27 Millimeter breite Nonpareillezettel 84 M., auswärts 108 M., Familienanzeigen und Stellenangebote 42 M., die dreizehnpaltene, 90 Millimeter breite Reklametzettel 420 M., auswärts 540 M. Der Grundpreis wird vervielfacht mit der Schlußzahl des Verzeichnisses d. Deutscher Zeitungsverleger, zurzeit 100 Millionen. Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Plagatschriften keine Gewähr. — Postkontonr. 122 Magdeburg.

Nr. 259.

Magdeburg, Dienstag den 6. November 1923.

34. Jahrgang.

Bayerns militärische Rüstungen.

Die Rechtsdiktatur wird gefordert.

Der bayerische Gesandte von Preger ist am Mittag des verflohenen Sonnabend in der Reichskanzlei erschienen und hat als seine „private“ Ansicht erklärt, daß die illegalen bayerischen Verbände sich durch Mitteldeutschland nach Berlin in Marsch zu setzen beabsichtigen, wenn die Rechtsdiktatur im Reich nicht unmittelbar proklamiert wird. Alle amtlichen Widerlegungen ändern an dieser Tatsache nichts. Der Schritt ist erfolgt und wir messen ihm die Bedeutung bei, die ihm auf Grund der tatsächlichen Rüstungen an der thüringisch-bayerischen Grenze zukommt.

Die reaktionäre Presse Berlins unterstreicht außerdem die Meldung. Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ droht offen damit, daß die „nationalen“ Kreise die Beteiligung an der Reichsregierung gegebenenfalls „erzwingen“ werden, und die „Deutsche Zeitung“ ergänzt dieses Geständnis durch den Hinweis, daß vielleicht ein „Windstoß“ alle Verhandlungen über die Ergänzung des Rumpfkabinetts Stresemann über den Haufen wirft. Ähnliche Drohungen werden von der übrigen Rechtspresse ausgesprochen. Gemeinsam lautet ihre Parole: Fort mit Ebert! Fort mit Stresemann und Seckel!

Kein Wunder. Die konterrevolutionären Organisationen sind von der bürgerlichen Ministermehrheit des Kabinetts Stresemann förmlich großgezogen worden. In Sachen wurde eingegriffen, obwohl ein triftiger Grund dazu nicht vorlag, nach Bayern aber werden endlose Summen als Belohnung für den Verfassungsbruch geschickt. Erst Mitte der Woche hat der Reichsfinanzminister

eine Milliarde für die Reichswehr nach München transportieren lassen. Selbst damit gab er sich nicht zufrieden. Als der zurückgetretene Reichsminister des Innern Sollmann vor 12 Tagen die Reichszuschüsse für die bayerische Landespolizei sperre, erhob der Reichsfinanzminister Einspruch, und als Sollmann dem Wünsche Luthers, die Sperre aufzuheben, nicht nachkam, stellte der Chef der Finanzverwaltung sogar einen entsprechenden Antrag im Kabinett. Im gleichen Zeitraum aber ließ Luther die Gesandtschaften über den Beamtenabbau ausarbeiten. Es ist ein Skandal, wenn man auf der einen Seite der verfassungstreuen Beamtenschaft das Sparen als unbedingte Notwendigkeit hinstellt und von ihnen Opfer fordert, dagegen den Verfassungsbruch der bayerischen Regierung noch mit Milliarden bezahlt.

Es heißt jetzt, daß die Regierung Stresemann endlich auch Bayern gegenüber ihre Autorität wahren will. Truppen des Generals Reinhardt sollen angeblich nach Thüringen geschickt werden, um einen eventuellen Vormarsch der bayerischen Mörderorganisationen zu verhindern. Wir wollen abwarten, was daran wahr ist. Wenn daran etwas richtig ist, warum hat dann das Kabinett Stresemann die sozialdemokratische Forderung nach Gegenwehr gegen Bayern abgelehnt?

Wie im Innern, so nach außen. Solange neben Stresemann die bürgerlichen Reichsminister die Möglichkeit haben, über außenpolitische Dinge mitzureden, ist es undenkbar, daß die Reichsregierung im Innern eine Politik der Staatserhaltung und nach außen eine solche der Verständigung führen kann. Die am Sonnabend gegebenen Zusicherungen des Reichskanzlers gegenüber dem Vorstände der demokratischen Reichstagsfraktion, daß in Zukunft eine Verständigungspolitik nach außen betrieben werden soll, vermögen uns von dieser Auffassung nicht abzubringen. Die Ansicht Brauns' und seiner Kollegen, es endlich zum

Brüche mit Frankreich

kommen zu lassen, wird in allen Kabinettsitzungen immer wieder aufgetaucht und damit die außenpolitische Schlagkraft der Reichsregierung lähmen. So muß bald der Tag kommen, an dem die englische Regierung den Inhalt der vor wenigen Tagen nach Berlin geschickten Note widerlegt und dem Reichskabinett ihr Mißtrauen verleiht. Das ist um so mehr anzunehmen, als die eine Voraussetzung, an die dieses Vertrauen geknüpft war, die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung Stresemann, dank der verfehlten Taktik des Reichskanzlers inzwischen erledigt worden ist.

Es ist selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie aus dieser Sachlage auch im Parlament die Konsequenzen ziehen muß. Solange die Regierung die Bayern nicht hindert, mit der Verfassung Schindluder zu

treiben, und eine Außenpolitik verfolgt, die uns niemals Freiheit und Brot geben kann, ist gar nicht daran zu denken, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dem bürgerlichen Kabinett Stresemann die Existenzmöglichkeit parlamentarisch irgendwie erleichtert. Die Absicht des Reichskanzlers, durch die Aufrechterhaltung der großen Koalition in Preußen die Sozialdemokratie im Reich zu einem neutralen Verhalten gegenüber seiner Regierung zu veranlassen, kann deshalb

nicht in Erfüllung gehen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat den Austritt aus der Regierung beschlossen, weil ihre Absicht, über die Politik des Kabinetts Stresemann Klarheit zu schaffen, durch das Verhalten einzelner bürgerlicher Minister fehlschlug. Diese Absicht würde in ihr Gegenteil verkehrt, wenn die sozialdemokratische Fraktion bei der Abstimmung über ein Vertrauens- oder Mißtrauensvotum etwa Stimmenthaltung üben würde.

Die Sozialdemokratie hat keine Wahl mehr. Sie hat gegen das Kabinett Stresemann

in die entschiedenste Opposition

zu treten. Sie hat auch keine Absicht zu vereiteln, den Reichstag auszuschalten und als Diktator zu schalten. Sie hat die Republik, die Demokratie und die Staatshoheit mit den schärfsten parlamentarischen Mitteln zu verteidigen gegenüber einem schwächlichen Regierungschef, der aus dem Pendeln und Schwanken nicht herauskommt.

10 000 Mann.

Als wir auf Grund von Angaben des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes“ in voriger Woche auf die Rüstungen der illegalen Verbände an der bayerisch-thüringischen Grenze hinwiesen, ließ die Reichsregierung erklären, daß sie sofort eine Untersuchung einleiten werde. Nach unserer Information ist diese Untersuchung längst abgeschlossen, und die Generalstabsoffiziere, die von dem Reichswehrminister nach Koburg entsandt wurden, haben in Berlin schon am Mittwoch Bericht erstattet.

Nach ihrer Auffassung beträgt die Zahl der an der bayerisch-thüringischen Grenze zusammengezogenen illegalen Pötkerbanditen 6 000 Mann. Diese Angaben sind nach unseren zuverlässigen Informationen nicht ganz zutreffend. Sie unterschätzen die Zahl der Bewaffneten um mindestens 4 000.

Aber das ist gegenwärtig für uns nicht das entscheidende. Worauf es ankommt, ist eine Erklärung darüber, warum das Untersuchungsergebnis bis heute nicht amtlich bekanntgegeben wurde. Unser Volk hat ein Recht darauf, zu erfahren, wie in Bayern Gesetze und Verträge gebrochen werden und wie die Reichsregierung mit sich spielen läßt.

Koburg als Heerlager.

Die „Berliner Montagspost“ hat einen Vertreter nach Koburg und Bamberg geschickt, der nach seiner Rückkehr auf friedlichen deutschen Boden berichtet:

In Koburg ist das Stabsquartier der zweiten Ehrhardt-Brigade. Die Schreibstube befindet sich im Steinweg und ist durch eine Tafel an der Haustür kenntlich gemacht. Eine große Anzahl von Arbeitslosen, die gegen freie Verpflegung, Wohnung und Löhnung eintreten, sind in den letzten Tagen gekommen und in der Kaserne der Landespolizei eingekleidet worden. Die Löhnung betrug in den letzten Tagen 3 bis 10 Milliarden. Sie soll jetzt bedeutend erhöht werden. Täglich wird die Zahl der Leute größer, die in Uniform stecken. Sie werden einquartiert und, wo es an Lebensmitteln fehlt, werden diese für die Verpflegung requiriert. Und das in einem Landesteil, der zu den ärmsten des deutschen Landes gehört und der sich in normalen Zeiten keine Lebensmittel aus Franken holen muß.

Diese Gegend ist von ihrer Versorgungsbasis völlig abgeschnitten. Lebensmittel werden nicht mehr herausgelassen. Ein Auto des Sonneberger Konsumvereins, das lange vorher bestellte Fleischwaren nach Sonneberg bringen wollte, wurde an der Grenze beschlagnahmt. Ebenso ist das Schlachtvieh in den letzten Tagen nicht mehr über die Grenze gelassen worden. Auf den Straßen liegen an den Landesgrenzen Gruppen von 5 und 6 Mann. Jeder Passant wird auf Waffen und Lebensmittel hin untersucht. Die 18- bis 20jährigen jungen Leute, die schwerbewaffnet dastehen, untersuchen jeden Passanten und nehmen selbst das feststehende Messer weg.

Drei Wochen geht der Aufmarsch, der in den letzten Tagen an Intensität bedeutend gewonnen hat. Man sieht in sehr ruhigen Kreisen die in der Koburger Gegend anwesenden Irregulären auf etwa 1½ bis 2 Freibrigadementen.

Am Freitag ist in Koburg eine große Versammlung abgehalten worden, die man als General-Appeal und Heerschau über die Gefolgshaft ansehen muß. Man hat von Koburg aus an den Generalstaatskommissar von Rahr nach München ein Telegramm geschickt, in dem er dringend aufgefordert wird, sofort Befehl zum Vormarsch zu geben. Etwa um die gleiche Stunde wurde in Bamberg eine Versammlung des Viking-Bundes abgehalten. In dieser wurde schließlich die Berufung eines Diktators verlangt, und unter tosendem Beifall der Versammelten wurde erklärt: „Es gibt nur einen Mann, der Deutschland retten kann, und das ist der Diktator: Kapitän Ehrhardt.“

Dem Ehrhardt sind diese irregulären Verbände unterstellt. Man kann ihn fast täglich in seinem Auto von Ort zu Ort flüchten sehen. Niemand hindert ihn, er kennt keine Schwierigkeiten. Ihm öffnet sich jede Tür. Ein Beispiel dafür. In Bamberg sitzen im Gefängnis vier Leute, die festgesetzt wurden, weil sie mit Galenkreuzlern in Streit gekommen waren, als diese am Deutschen Tag auf ein Nachbardorf zogen, wo gerade Krmees war. Ehrhardt ist ins Gefängnis gegangen und hat sich ohne Erlaubnis des Richters und des Staatsanwalts die vier Leute vorführen lassen und erklärt, daß er einen Wiedererkenne, der an dem Abend geschossen habe. Dann hat er die Gefangenen wieder abführen lassen und ist im Auto weitergefahren.

Der Berichterstatter fügt noch hinzu, daß Waffen und Ausrüstungsgegenstände waggonweise aus München in Koburg eintreffen und dort von Beamten der bayerischen Landespolizei öffentlich ausgeladen werden.

Wie es in München hergeht.

Am Sonntag erfolgte in München vor dem Armeemuseum die Grundsteinlegung des Denkmals, das die Stadt München ihren 13 000 im Weltkrieg gefallenen Söhnen widmet. General von Reuter hielt die Gedächtnisrede. An der Feier, zu der die Militärs, Mitglieder des Hauses Wittelsbach, die Spitzen der Behörden und viel Publikum erschienen waren, war bezeichnend, daß unter den Korporationen und Vereinen auch die Sturmtruppen der Kampferverbände in voller Uniform mit Stahlhelmen, Fahnen und Musik erschienen waren und nach der Feier in geschlossenem Zuge durch den Bannkreis der innern Stadt marschierten, daß also trotz des Ausnahmezustandes die Rahr-Behörden gegen diese Demonstration ausgesprochen politisch-militärischer Organisationen keinen Einwand erhoben hatten.

Nach der Feier erfolgte Parade vor dem Mautergeneral Dossow, an dessen Seite Rupprecht Wittelsbach sich stellte, und vor Hitler, zu dessen Rechten Ludentendorf stand. Alles schwamm in Begeisterung.

Da sind sie ja alle schon beisammen. . . .

Ludentdorffs „innerer Feind“.

In der „München-Mugsburger Abendzeitung“ schreibt Ludentdorff, die völkische Bewegung sei verstandesmäßig nicht zu erfassen, das Herz müsse sie begreifen. Dann versucht er ihren Umfang zu umschreiben. Sie mache den deutschen Menschen wahrhaftig, wehrhaft, arbeitssam, aufrichtig, stark und sittenfest. Sie erwecke das Verständnis für deutsches Volkstum, lasse den Stämmen ihre Eigenart, aber bilde aus ihnen das deutsche Volk. Sie kennt nur Führer und Geführte. Sie ist Kampf und schafft Großdeutschland. Der Kampf gegen den inneren Feind geht gegen Marxismus, Rammonismus, Materialismus.

Diese Feier hat Hitler genug abgedreht und die andern Reaktionsäre neben ihm. Etwas andres weiß auch Erich mit der blauen Brille nicht zu sagen, um seine wahren Ziele zu verbergen.

Was wird aus Stresemann?

Die demokratische Reichstagsfraktion hat sich sowohl am Sonnabend vormittag wie nachmittag eingehend mit der innen- und außenpolitischen Lage beschäftigt. Sie beauftragte in den vorgerückten Abendstunden ihren Fraktionsvorstand, bei dem Reichskanzler vorzusprechen und von ihm bindende Erklärungen über die kommende Politik zu verlangen. Stresemann sagte gemäß dem Wunsch der demokratischen Fraktionsführer zu, daß er sich für die Fortführung der großen Koalition in Preußen einsetzen werde, außenpolitisch eine Verständigungspolitik treiben und im Innern die Reichsautorität endlich auch gegen Bayern gewahrt werde. Unter diesen Umständen dürfte die demokratische Fraktion, die am Dienstag erneut zusammentritt, beschließen, das

Feinbürgerliche Kabinett Stresemann vorläufig weiter zu unterstützen.

Am Sonntag vormittag trat im Reichstag auch die Zentrumsfraktion zur Besprechung der durch den Austritt der Sozialdemokratie hervorgerufenen Lage zusammen. Unter Führung des früheren Reichskanzlers Birk wurde an dem Verhalten des Zentrumministers Brauns in der Reichsregierung scharfe Kritik geübt und ebenfalls das Verlangen nach Klarheit über die künftige Innen- und Außenpolitik verlangt.

Wenn auch die Demokraten und Zentrum dem Kabinett Stresemann ihre weitere Unterstützung vorläufig leisten, so ist doch der Zeitpunkt nicht fern, an dem Stresemann als Reichskanzler abgewirtschaftet hat. Scheinbar sieht er das selbst ein, denn sein Wunsch geht vorläufig dahin, nicht vor dem Reichstag zu treten und dessen Zusammentritt möglichst lange hinauszuzögern. Das wird vielleicht einige Tage möglich sein, aber dann dürfte zum mindesten die Sozialdemokratie den Zusammentritt des Parlaments verlangen.

Die Ergänzung des Rumpfkabinetts.

Stresemann will das Justiz- und Wiederanbauministerium vorläufig durch Staatssekretäre hantieren lassen. Das Reichsministerium des Innern beabsichtigt er, einem volksparteilichen Nichtparlamentarier zu übergeben. Es scheint, daß hierfür der frühere Duisburger Oberbürgermeister Dr. Jarres in Frage kommt.

Jarres hat sich während des Ruhrkampfes als mutiger Mann gezeigt. Immerhin vertrat er während der Beratungen über den Abbau des passiven Widerstandes in voller Uebereinstimmung mit dem deutschnationalen Steuerbeauftragten Kerschhoff eine Politik, deren Durchführung für unser Volk mehr als verhängnisvoll gewesen wäre.

Wer den kleinen Finger gibt . . .

Die unentwegten Krisenmacher auf der äußersten Rechten und im schwerindustriellen Flügel der Deutschen Volkspartei sind mit dem Scherbenhaufen im Reich noch nicht zufrieden. Sie wollen auch noch in Preußen jenes Durchwender anrichten, aus dem nach ihrer Auffassung allein der „nationale“ Diktator von Hitlers Gnaden hervorgehen kann. Severing und Otto Braun sind die letzten Hemmungen, um auch Preußen die herrlichen Zeiten der Münchner Ordnungszelle zu beschaffen.

Allein kann aber die „scharfe Gasse wilder Männer“ in der preussischen Fraktion der Deutschen Volkspartei eine Regierungskrise in Preußen mit dem Ziele des Hinauswurfs der Sozialdemokraten nicht herbeiführen. Dabei zu helfen, zeigen aber weder Demokraten noch das Zentrum Lust. Die Demokraten haben am Sonntag eine Entschließung gefaßt, in der es heißt:

Die verwerflichen Gewalttaten der von Frankreich unterstützten Separatisten haben neue Not über die Bevölkerung an Rhein und Ruhr gebracht. Auf ihren Kampf und ihre Leiden haben wir vor allem unsere Augen gerichtet. In dem neuen Zusammenstoß aller Volksteile und aller politischen Richtungen in den verwegenen Gebieten liegt, wie bisher, die Gewähr ihres Sieges. Diese Einheit und Geschlossenheit zu erhalten, ist deshalb wichtigste Gebot. Darauf ist die

preussische Politik einzustellen; für Preußen geht die Not seiner besetzten Gebiete allem andern vor. Der Wille zur Volksgemeinschaft, der in der Zusammenfassung aller auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehenden Parteien in der großen Koalition zum lebendigen Ausdruck kommt, ist deshalb heute notwendiger denn je. Die große Koalition in Preußen hat sich nach dem noch kürzlich im Landtag abgelegten Zeugnis aller beteiligten Parteien in den 2 Jahren ihres Bestehens als Trägerin einer stetigen Entwicklung zur Festigung der staatlichen Ordnung bewährt. Unter dieser Entwicklung ist Preußen heute das sicherste Bollwerk deutscher Einheit. Diese Stellung darf am wenigsten in diesem Augenblick durch parlamentarische Krisen geschwächt werden. Es entspricht auch nicht der Bedeutung Preußens, die eine selbständige Politik im Rahmen der Verfassung erhebt, die Zusammenziehung seiner Regierung abhängig zu machen von den Entwicklungen im Reich oder gar von den Stimmungen der zufälligen Mehrheit in München. Nicht im Kampfe gegen das Reich, für partikularistische Sonderrechte wird die deutsche Einheit verteidigt; in der Durchsetzung der verfassungsmäßigen Staatsgewalt und in dem Gemeinschaftsgefühl des ganzen Volkes liegen die Wurzeln ihrer Kraft.

Der Hinweis auf die besetzten Gebiete ist bitter. Es gibt eine Strömung, die selbst im Reichskabinett ihre Vertreter hat, die das Rheinland für verloren gibt und von diesem Gesichtspunkt die innere und äußere Politik zu gestalten sucht. Der Austritt der Sozialdemokraten aus der Reichsregierung ist mit auf diese Strömung zurückzuführen. Der temperamentvolle Rheinländer Sollmann ist mit dem Wortführer dieser Richtung im Reichskabinett sehr scharf zusammengestoßen, weil er unter keinen Umständen das Rheinland im Stiche lassen will.

Das Zentrum nimmt erfreulicherweise ebenfalls energisch für das Rheinland Partei, und wohl deshalb ist es am Sonntag zu scharfen Auseinandersetzungen in der Zentrumsfraktion wegen der Politik des Reichsarbeitsministers Brauns gekommen. Das Zentrum ist sich mit den Demokraten darüber einig, daß eine Erweiterung der parlamentarischen Grundlage für das Kabinett Stresemann durch ein Bündnis mit den Deutschnationalen nicht in Frage kommt. Die Fraktionsführer des Zentrums haben vom Reichskanzler — wohl ebenfalls im Hinblick auf die Lage der besetzten Gebiete — verlangt, daß er auf die Erhaltung der großen Koalition in Preußen hinwirke.

Nach den vorliegenden Pressemeldungen sind Demokraten und Zentrum entschlossen, das leichtfertige Herbeiführen einer Regierungskrise in Preußen mit der Errichtung der alten kleinen Koalition zu befechtigen.

Die Deutschnationalen selbst machen aus ihren letzten Zielen gar kein Hehl mehr. Sie wollen sich mit dem Hinauswurf der Sozialdemokraten aus dem Reich und aus Preußen nicht zufrieden geben, sie fordern auch noch den Kopf des Reichspräsidenten unter Hinweis auf die großen Machtbefugnisse, die gerade in schwankenden Zeiten der Reichspräsident hat. Ob diese deutschnationale Forderung nicht auch jenen Sozialdemokraten zu denken gibt, die mit Hurra und Huzza Anträge auf Ausschluß Eberts aus der sozialdemokratischen Partei zustimmen!

Die bürgerlichen Parteien, Demokraten, Zentrum und Deutsche Volkspartei (mit Ausnahme ihrer wilden Männer) werden inzwischen wohl noch einsehen müssen, daß jedes Nachgeben gegenüber den Deutschnationalen unweigerlich mit der Alleinherrschaft des wildesten Rechtsradikalismus endet. Vielleicht sehen sie das aber erst ein, wenn es zu spät ist. Dann ist es aber auch zu spät für das ganze deutsche Volk.

Die Kohlenförderung kann beginnen

Die Verhandlungen zwischen den bergbaulichen Vereinen und der französischen Ingenieurkommission über die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse im Ruhrgebiet haben zu einem Ergebnis geführt, das einer Bechenbestimmungsverammlung in Unna am Donnerstag zur Beschlußfassung vorgelegt wurde. Nach den getroffenen Abmachungen haben die Bechen 16 bis 18 Prozent ihrer Förderung als Reparationslieferung bereitzustellen, ausschließlich der für Italien bestimmten Leistungen. Solche Bechen, die die Jahresförderung von 1921 wieder erreichen, brauchen nicht mehr als 16 Prozent abzuführen. Weiter hat man sich auf eine Kohlensteuer von 10 Frank pro Tonne, zahlbar in wertbeständigem deutschen Gelde, geeinigt. Die von den Franzosen verlangte, seit dem 20. Januar 1923 rückständige Kohlensteuer soll durch eine Pauschalsumme von 15 Millionen Dollar getilgt werden, wovon 10 Millionen sofort zu zahlen sind. Die Franzosen haben also ihre ursprüngliche Forderung um vier Fünftel ermäßigt. Nicht zahlungsfähige Bechen haben das Recht, ihre Schuld durch Kohle abzutragen.

Da die Franzosen den Bechen ungestörte Förderung und freien Absatz garantieren, ist endlich nach Wochen der Ungeheißheit mit einer allgemeinen Umschneidung der Arbeit in der westfälischen Montanindustrie zu rechnen. Die Bedingungen sind äußerst hart. Vor allen Dingen macht die Kohlensteuer von 10 Frank pro Tonne die von der Regierung durch Aufhebung der deutschen Kohlensteuer angeregte Preisermäßigung für Brennstoffe illusorisch. Es wird nötig sein, um die Absicht der Regierung, eine allgemeine Preisreduzierung durchzuführen, die durch die Franzosen dem westfälischen Bergbau aufgebürdeten Lasten möglichst bald auf die gesamte deutsche Industrie umzuliegen.

Die Verständigung schafft eine große Erleichterung für die Ruhrbevölkerung, deren Not unbefriedigend groß ist. Zu den unzähligen Erwerbslosen sollten am Freitag noch sämtliche Bergleute unter 21 Jahren kommen, die im Untertagebetrieb der für Holland und Italien liefernden Bechen beschäftigt sind. Diese Maßnahme wird hoffentlich nach der erfolgten Verständigung nicht mehr notwendig sein. Von den Franzosen muß aber erwartet werden, daß sie nun endlich ihre Aderstichpolitik unterlassen, denn es wird im Ruhrgebiet immer noch requiriert, verhaftet und ausgewiesen.

Die langwierigen schleppenden Verhandlungen haben die hungernde Ruhrbevölkerung fast zur Verzweiflung getrieben. Die Gemeinden haben Notmaßnahmen ergriffen, wie Sammlungen für die Hungernden und Massenpreise, hier und dort auch Rationierung der Lebensmittel. Es reichte alles nicht aus. Arbeit fehlte, Erwerbsmöglichkeit. Kein Wunder, wenn da der Gedanke der Selbsthilfe ernsthaft erwogen wurde. So haben am Montag die Betriebsräte von 13 Schachtanlagen des Beckinghauser Reviers getagt, um einen Weg für die Wiederaufnahme der Arbeit zu finden. Man hat beschlossen, am Mittwoch auf eigene Faust zu fördern. Am Dienstag wurde dieserhalb mit der Stadterwaltung verhandelt, um von dieser die Zustimmung zu erhalten, daß sie der Absicht nichts in den Weg legen würde.

Die Kohlenförderung auf eigene Faust hätte den Bergleuten wohl Arbeit, aber kein Brot gebracht, denn dazu wäre notwendig gewesen, auch die Frage des Abtransports und des Verkaufs zu lösen. Ohne den Willen der Fran-

Kleines Feuilleton.

Richard Wagner und Giacomo Meyerbeer.

Das Oktoberfest der Zeitgenossen. Die Russe bringt aus der Feder Julius Kappys eine Anzahl höchst unterrichtlicher Aufsätze, die zusammen mit dem schon bekannten Material einen deutschen Einblick in das Verhältnis Wagner zu Meyerbeer verschaffen. Es ist dies um so notwendiger, als die Gesellschafter des Puppenschauspiels jähresweise das Märchen von Meyerbeers unehelichen Empfehlungsbriefen lebendiger haben, das bei der antikenmythischen Entstellung anderer Geschlechter nur allzu leicht Glauben fand. Während 1910 erst fünf Briefe Wagner an Meyerbeer bekannt waren, bringen wir heute nicht weniger als achtzehn.

Besonders hat Wagner in Meyerbeers Spuren seine Laufbahn als Opernkomponist begonnen, um sich dann, namentlich mit dem „Siegfried“, eher an Meyer und seine „Carthage“ anzuschließen. Als pensionierter Theaterkapellmeister in Würzburg hat Wagner für Robert den Teufel komponiert, der ihm für seinen „Meister“ als Vorwort gedient hat. Im Dezember 1838 wurde er zu seinem Beruf in Regensburg von Herrn Adami dem Teufel, und nach 1840 kam der Vertrag des „Judenheims“ in der „Russe“ einen langen europäischen „Lappet-Heber Meyerbeers Organisation“. Auch der Charakterzug von „Siegfried“, den Wagner in seiner Vorrede im Jahre 1841 anführte, ist Herrn Dr. G. Meyerbeer, Ag. Preussischer Generalmusikdirektor, Mitglied des Institut de France, Ritter hoher Orden etc. in Beziehung gebracht. Doch wackelt es bei dem Versuch in dieser Richtung zu sein und leben werden, die Meinung, die Herr Adami Schöpfung war. Denn es handelt sich bei dem Teufel nicht um Meyerbeer, sondern um einen geradezu schamlosen und kompromittierenden Verleumdungsbuch gegen die Person Meyerbeer. Das heilige Wagner-Bildnis wird mit allen nur möglichen Schmähworten verunstaltet.

Der alte Ruf ist durch den „Siegfried“, 4. Februar 1847 und begleitet die Partitur der Oper „Das Liebesverbot“, über die Meyerbeer dem schlesischen Berliner Musikvereine, Gräfin, die Schöpfung gegeben hat, denn Meyer hat eine ganz persönliche Beziehung zu dem Schöpfung des „Judenheims“ gehabt. Es ist in diesen Schöpfung über den Meyerbeer für die Russe, die auf das unglückliche Deutschland das unglückliche Verhängnis haben.

Es ist gewiß bedauernd für die deutsche Kunst gewesen, daß Herr Meyer im Ausland sich der Welt haben müssen, wie der Hölle oder Hölle der Welt gewesen. Aber diese Männer sind sich selber am glücklichsten und leben sich als Urentliche anerkennen, die auf „welchen Land“ geschöpft haben, wenn ihr „glücklicher Ruf“ und all ihre „Anerkennung“ dahin gegangen wäre, daß dem „unehelichen“ und „unehelichen“ Vaterland nach Paris kommen zu können. Und die bedauernde und trübselige Schöpfung ist doch wohl eines großen deutschen Künstlers, der sich später über seine weltgeschichtliche und nationale Sendung so wunderbar glücklich gefühlt hat, wie es Meyer war.

Wagner wurde durch die Bewunderung und den Vorzug Meyerbeers der Welt bekannt. Meyerbeer, den Wagner 1839 in dem Stroch Postlager kennenlernte, erhielt er Empfehlungsbriefchen nach Paris und wurde er bei dem Verleger Schottlinger eingeführt, der ihn als Komponist anstellte; außerdem vermittelte Meyerbeer die Bekanntschaft mit dem Direktor des „Operntheaters“. Er hat „Das Liebesverbot“ aufgeführt. Der in glücklicher Schöpfung komponierte Wagner komponierte am 18. Januar und am 18. Februar 1840 übernahm den Teufel der Berliner Oper und 1841. Er schrieb auch die beiden Partituren nicht ganz.

allein anwenden. . . Mit allen Sünden und Schwächen, Not und Jammer empfehle ich mich Ihnen ehrfurchtsvoll, die Erlösung von allem Uebel durch Gott und Sie ersehend. Weiben Sie mir hold, so ist mit Gott aber auch nahe.

Und als Meyerbeer, der stets hilfsbereit, durch seine Fürsprache erreicht hatte, daß das „Liebesverbot“ geübt wurde, heißt es am Schluß einer neuen Bitte um ein „auffrischendes Briefchen“ an den Theaterdirektor Jolly:

Mein Dankgefühl, das mich gegen Sie, mein hochherziger Protektor, besetzt, kennt keine Grenzen. Ich sehe kommen, daß ich Sie von Neuen zu Neuen mit Dankesstimmen besetzen werde. Die Versicherung kann ich Ihnen geben, daß ich auch in der Hölle noch Dank stammeln werde. Ihr mit Herz und Blut ewig verpflichteter Untertan Richard Wagner.

Meyerbeer läßt sich auch durch diese Speichelkredereien nicht davon abhalten, den deutschen Kollegen weiter zu empfehlen: an eine Opernjägerin, Dorus-Gras, und an den Direktor der Großen Oper, Pillet, der sich nach dem Verfrachten des „Rennaissance-Theaters“ um ihn annehmen soll. Diesem Pillet reicht Wagner den Entwurf zum fliegenden Holländer ein, und um der Sache mehr Nachdruck zu verleihen, „erzucht“ er Meyerbeer „in tiefster Demut, ein gutes Wort“ für ihn seinen „fliegenden Holländer“ bei Pillet „fallen zu lassen“.

Mit der Ueberredung Meyerbeers von Paris nach Berlin hört sein Eintreten für Wagner nicht auf. Er empfiehlt auf neues Bitten hin „einen jungen interessanten Landsmann, der nicht allein eine tüchtige musikalische Bildung, sondern auch viel Phantasie besitzt“, dem Intendanten des Dresdener Hoftheaters, von Büttichau, und jetzt die Annahme des „Meinzi“ durch. Dieser Annahme seiner Oper folgte dann 1842 seine Anstellung als Hofkapellmeister in Dresden. Die Partitur des „fliegenden Holländer“ schickte er, nachdem die Verhandlungen mit der Pariser Großen Oper zu keinem Ergebnis geführt hatten, dem Intendanten der Berliner Hofoper ein, der die Oper auf ein glänzendes Gelingen Meyerbeers hin annehmen. Wagner dankt mit den Worten:

Da ging mir das Evangelium auf, denn von Ihrer gepriesenen Hand geschrieben stand „ich werde dasselbe bei dem Grafen v. Redern (dem Berliner Intendanten) zu erlangen suchen.“ Gott mache Ihnen jeden Tag Ihres schönen Lebens zu Freude und trübe Ihr Auge nie mitummer, dies das aufrichtigste Gebet Ihres allerfrühesten Schülers und Dieners Richard Wagner.

Nach von Paris aus schrieb dieser „allerfrühtigste Schüler und Diener“ an Schumann am 6. Januar 1842: „Halbwegs in offen und herzlich und kein absichtlich jalouser Betrüger wie Meyerbeer.“ Daß Sie aber auf diesen nicht schimpfen! Er ist mein Protektor und — Spaz beiseite — ein liebenswürdiger Mensch! Auch muß der Jude Meyerbeer ausgemerkt werden. Die grundsätzliche Heldengestaltung Richard Wagner wird erst dann herbor, als von dem „absichtlich schlaunen Betrüger“ nichts mehr heranzukommen ist.

posen aber geht kein Stückchen Kohle aus dem Ruhrgebiet hinaus.

Nach Abschluß der Verhandlungen müssen die Räder sofort wieder rollen. Die Ruhrarbeiter haben lange genug gehungert. Sie verzichten auf Almosen und Erwerbslosenunterstützung, sie wollen in ehrlicher Arbeit ihren Lebensunterhalt verdienen. Jetzt ist es an den Unternehmern, all die Versprechen einzulösen, die sie dem „Bruder Arbeiter“ in der Zeit des schweren Kampfes gegen den französischen Militarismus gegeben haben: Für ehrliche Arbeit auch einen ehrlichen Lohn zu zahlen, damit die Ruhrarbeiter nicht auch noch hungern müssen, wenn die Seele des deutschen Wirtschaftslebens, das Ruhrgebiet, wieder in vollem Betrieb ist.

An die Partei!

Parteigenossen! Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat ihre Mitglieder aus der Reichsregierung zurückgezogen, weil die bürgerlichen Mitglieder dieser Regierung nicht den ernstlichen Willen hatten, die Reichsgewalt gegen die bayerischen Verfassungsbrücher und Meuterer durchzuführen, und weil die Mehrheit der Reichsregierung sich weigerte, den militärischen Ausnahmezustand aufzuheben, für dessen Aufrechterhaltung selbst nach der Auffassung der Ministerpräsidenten der Länder kein Grund mehr vorlag.

Als die Sozialdemokratie im August sich zur Beteiligung an der großen Koalition entschloß,

faßte sie ein furchtbares Erbe vor.

Die Reichsfinanzen waren völlig gerüttelt, weil die Cuno-Regierung der Sachministerien außerpolitisch keinerlei Erleichterung erteilte und die Kosten des Ruhrkampfes unter völliger Schonung der bestehenden Schichten aus der Rentenpresse bestritten hatte. Die Ausgaben des Reichshaushalts waren zu weniger als einem Prozent durch Steuern gedeckt. Das Volk war in einer Not, wie es sie nicht einmal in den schlimmsten Zeiten des Krieges zu erdulden hatte. Mangel an Lebensmitteln und Not an Zahlungsmitteln, Zunahme der Kurzarbeit und der Arbeitslosigkeit trieben immer mehr breite Massen der Arbeiter, Angestellten, Beamten und zahlreich Angehörige des Mittelstandes

in hoffnungslose Verelendung.

In jenen Tagen der Not und Verzweiflung erklärte sich die Sozialdemokratische Partei bereit, an einer Regierung der großen Koalition mitzuwirken, die die Aufgabe haben sollte, durch Zusammenfassung aller zu einer friedlichen Weiterentwicklung bereiten Volkskräfte den Ruhrkampf zu liquidieren, um damit die Voraussetzung zu schaffen für eine Bänderung der schier unerträglichen Lage der breiten Massen des Volkes.

Die Sozialdemokratische Partei ließ aber keinen Zweifel darüber, daß nach Abschluß der Ruhrkriege sofort alle Voraussetzungen für eine neue wertbeständige Währung geschaffen werden mußten. Für eine solche ist eine Sanierung der Finanzen des Reiches, der Länder und der Gemeinden erste Vorbedingung. Und diese wieder ist nicht möglich ohne eine brutale Steuerpolitik, die jene bestehenden Schichten gebührend belastet, die sich durch Förderung der Inflation bisher von wesentlichen Steuerleistungen freizumachen wußten.

Von einer solchen Wiederaufbaupolitik wollten aber führende Schichten der deutschen Schwerindustrie nichts wissen. Während sie im besetzten Gebiet mit einem französischen General über die Ausübung des Hochfinanzbegriffes verhandelten, legten ihre Vertrauensmänner in der Fraktion der Deutschen Volkspartei

Minen, um das Kabinett zu sprengen.

Ihr erster Vorstoß wurde nur deshalb abgelehnt, weil die Sozialdemokratische Partei mit den zur Mitarbeit bereiten bürgerlichen Kräfte auch den letzten Versuch wagen wollte, um endlich wieder stabile Verhältnisse herbeizuführen, an denen niemand ein größeres Interesse hat, als der lediglich auf Lohnbezug angewiesene Arbeiter, Angestellte und Beamte.

Da tam den Kräfte, die auch jetzt noch glauben, sich den unermesslichen Opfern des Weltkrieges entziehen zu können, die bayerische Regierung zu Hilfe, die diese Zeit der Not auszunutzen will, um partikularistische Sonderbestrebungen durchzuführen. In diesem Bestreben schreite sie nicht davor zurück, die

Verfassung des Reiches zu brechen

und die Reichswehr zur Meuterei anzustiften.

Die sozialdemokratischen Reichsminister drängten zu einer klaren Entscheidung in der Ueberzeugung, daß das Reich gegen bayerische Staatsstreifer nicht ohnmächtig ist, wenn es nur will. Aber die bürgerlichen Mitglieder der Reichsregierung konnten sich zu keinem entschiedenen Entschluß aufraffen, während

gegen das republikanisch-sozialistische Sachfen ein ganzes Heer in Bewegung gesetzt

wurde, weil angeblich dort Leben und Eigentum nicht so geschützt waren, wie das die Verfassung vorsieht. Dabei sind unter dem juchenden Bruch der Not in Sachsen nicht mehr Vergehen gegen Person und Eigentum festzustellen, als in den andern Teilen des Reiches. Wer Leben und Eigentum besser schützen will, der muß der Not zu steuern suchen,

der muß den Bedrückten helfen

und das Geld dazu dort wegsteuern, wo wertbeständige Sachgüter und Devisen die Grundlage einer gesicherten Existenz sind. Aber die Reichsregierung gegen Sachsen war auch deshalb politisch töricht, weil die Sozialdemokratische Partei Sachsen im Begriff war, ohne jeden Druck von außen das Regierungsbündnis mit den krenlosen und verräterischen Kommunisten zu lösen. Wenn das Vorgehen gegen die sächsische Regierung nicht sofort zum Rücktritt der sozialdemokratischen Reichsminister führte, so nur deshalb, weil die endgültige Entscheidung von der Reichstagsfraktion getroffen werden mußte.

Weil die bürgerlichen Mitglieder der Reichsregierung auch jetzt noch nicht den Entschluß faßten,

gegen die bayerischen Reichsvererber

aufzutreten, weil sie weiter behaupteten, ohne militärischen Ausnahmezustand nicht regieren zu können, mußte die sozialdemokratische Fraktion den Rücktritt der sozialdemokratischen Reichsminister beschließen. Die Reichstagsfraktion war sich dabei voll bewußt, welche schweren Erschütterungen des Verfassungslebens der deutschen Republik drohen, weil die Fürstlichen

von rechts und weil die Kommunisten von links dem demokratischen Deutschland den Todesstoß versetzen wollen.

Die Sozialdemokratische Partei wird, gestützt auf die breiten Massen des werktätigen Volkes, die Demokratie gegen jegliche Diktatur zu verteidigen wissen. Sie wird dem deutschen Volke den Boden der Republik erhalten, auf dem allein eine auswärtige Politik des Deutschen Reiches möglich ist. Sie wird außerhalb der Regierung mit ihrer ganzen Macht für eine Besserstellung der breiten Volksschichten eintreten und das zu erreichen suchen, was sie in der Regierung vergeblich gefordert hat.

Mehr als je gilt es, das Schlimmste abzuwehren: den drohenden Hungertod von ganzen Schichten des Volkes, deren Kinder und Greise heute schon kaum noch am Leben zu erhalten sind, während die gefüllten Scheuern der Agrarier ausreichend Lebensmittel zur Ernährung des deutschen Volkes in sich bergen.

In dem Kampf um die Existenz des deutschen Volkes wird die Sozialdemokratische Partei stets und gern mit den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten zusammenarbeiten. Sie lehnt aber ein Bündnis mit denen ab, die, wie die Kommunisten, nur auf die Zertrümmerung der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung ausgehen und die eben noch in einem sinnlosen Waische mehr als hundert proletarierleichen auf dem Pflaster Hamburgs liegen lassen.

Schwere Zeiten liegen uns bevor. Wenn es den radikalsten Elementen gelänge, die Herrschaft des Reiches an sich zu reißen, so würde ihre Herrschaft sicher nur von kurzer Dauer sein, aber unagbares Wend wäre die Folge. Das Deutsche Reich hat solche Experimente nicht mehr aus. Herrschaft der Radikalen bringt die

Gefahr des Reichszerfalls in unmittelbare Nähe.

Der Reichszerfall kann nur verhindert werden, wenn die Partei, die seit ihrer Gründung auf dem Boden republikanischer Grundsätze steht, in ihrer vollen Stärke erhalten bleibt.

Deshalb muß die Partei für alle notleidenden Schichten in Stadt und Land sein: Galtet treu zur Vereinigten sozialdemokratischen Partei Deutschlands, deren Einigkeit und Geschlossenheit die stärkste Garantie bietet für die Erhaltung der deutschen Republik, des einzig möglichen Kampfeswegs für den Sozialismus!

Berlin, den 3. November 1923.

Der Parteivorstand der Vereinigten sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Dollar Amtliche Notiz 420 Milliarden
vom Montag
Letzter Kurs in Neuhoft 1250 Milliarden.

Preisfestsetzungen für Kohle, Roheisen und Baustoffe!

Die Reichsregierung hat einen neuen Anlauf genommen, die überhöhten Preise auf ein normales Maß zurückzuführen. So sind die Preise für Kohle um 35, für Baustoffe um 20 bis 30, für Roheisen um 25 und für einige Artikel der weiterverarbeitenden Industrie um 20 Prozent gesenkt worden. Die Auswirkung dieser Preisherabsetzung auf die Preise der Verbrauchartikel wird bedroht durch den neuen Goldmarktarif der Reichseisenbahn und die Tendenz im Handel, übermäßige Gewinnnoten und Mißkopirämien einzufaktulieren.

Während die Notwendigkeit der Goldmarktarife der Reichseisenbahn nicht bestritten werden kann, muß die Regierung die angeordnete Tendenz im Warenverkehr unzugänglich und mit den schärfsten Mitteln bekämpfen. § 4 des neuen Kartellgesetzes bezeichnet ausdrücklich das gekennzeichnete Gebaren des Handels als einen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellung. Soffentlich bringt die Regierung die notwendige Energie auf, um sich gegen diesen Mißbrauch zu wenden.

Bedauerlich ist an und für sich, daß die Verordnung gegen die Kartelle erst am 20. November in Kraft tritt. In dieser Zeit können übermäßige Mißkopirämien und Profitraten zur Gewohnheit werden. So vollzieht sich eine Entwicklung, die man später nicht mehr rückgängig machen kann und die für die Wertbeständigkeit nicht nur der Goldmark, sondern auch der kommenden Rentenmark von unheilvoller Wirkung sein muß. Leider wird der Verbraucher, der Arbeiter, von der Preisherabsetzung der Rohstoffe überhaupt nichts zu spüren bekommen, solange er nach dem Willen des Herrn Brauns noch mit Papiergeld bezahlt wird.

Gegen die Verfüterung von Brotgetreide.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, erhebt der Minister des Innern in einer Verfügung die Regierungspräsidenten und das Landespolizeipräsidium, die Durchführung des vom preussischen Staatsminister für Volksernährung an die Ober- und Regierungspräsidenten gerichteten Erlasses über das bestehende Verfüterungsverbot für Brotgetreide vom 24. September d. J. durch die vollziehenden Dienststellen sorgfältig überwachen zu lassen. Ferner weist der Minister besonders auf eine Bestimmung der Verordnung vom 13. Oktober d. J. hin, wonach das nachweislich mit Brotgetreide gefütterte Vieh eingezogen werden kann. — Wir sind gespannt, wann die erste Eingezugung von Vieh erfolgen wird. —

Notizen.

Neue Goldmarkanweisungen und Devisen. Die Regierung hat weitere Maßnahmen getroffen, der Knappheit an wertbeständigem Geld abzuhelfen. Da sie bei der Emission von Goldanleihe die Höchstgrenze von 500 Millionen Mark nicht über-

schreiten darf, soll die Schaffung eines wertbeständigen industriellen Notgeldes befristet werden. Das Reichsfinanzministerium gibt deshalb noch im Laufe dieser Woche 5 Prozentige, im Jahre 1924 einlösliche Goldmarkanweisungen I. zu einem Betrag von 300 Goldmarken heraus, deren niedrigster Betrag auf 25 Dollar = 105 Goldmark lautet. Die Stücke dienen der industriellen Notgeldes als Deckung. Die Zertifikate müssen den Vermerk tragen: „Das Notgeld ist gedeckt nach Maßgabe der Bestimmung der Reichsregierung.“ Mit der Ausgabe kann, da auch die Quittungen für erfolgte Eingahlung bei der Reichsbank als Deckung gelten, sofort begonnen werden. Damit fällt das Hauptargument gegen die sofortige Durchführung der wertbeständigen Währung, der geringe Umlauf an wertbeständigen Zahlungsmitteln, fort. —

Plünderungen in Berlin. Im Laufe des Sonnabends ist es in Berlin zu Plünderungen gekommen. Mehrere hunderte starke Mengen plünderten eine Schlägerei in der Königsberger Straße, eine Bäckerei in der Memeler Straße, eine Bäckerei in der Krafftstraße und eine Schlägerei in der Lange Straße. 200 Personen plünderten einen Marktstand in der Hausburgstraße. Im Laufe des Nachmittags wurde in Charlottenburg ein Wagen einer Brotfabrik angehalten und der Kutscher gezwungen, das Brot auf der Straße zu verkaufen. Weiter liegen Meldungen von Plünderungen aus den östlichen Stadtvierteln, aus Neukölln, Wilmersdorf und Schöneberg vor. —

Die Sicherung der Gefrierfleisch-Einfuhr. Aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird folgendes mitgeteilt: „Bei der Bedeutung, die dem Gefrierfleisch in der Versorgung der Bevölkerung gerade jetzt zukommt, hat das Reichs-ernährungsministerium eine bezugsfähige Zuteilung von Devisen für Gefrierfleisch-Einfuhr mit der Reichsbank vereinbart. Es ist eine eigene Devisenverteilungsstelle (Berlin W 8, Behrenstraße 28) für den Großhandel mit Gefrierfleisch errichtet, die die Aufgabe hat, alle Anmelbungen über Devisenbedarf für Gefrierfleisch-Einfuhr zu sammeln und sie an die Reichsbank weiterzugeben, die seit Monaten diese Anforderungen bezugsfähig befriedigt. Seit 15. August 1923 sind für Gefrierfleisch-Einfuhr 5 Millionen Goldmark zugeweiht worden, die den Bezug von über 5 1/2 Millionen Kilogramm Gefrierfleisch ermöglichen. In den letzten 3 Wochen blieben die Devisenanforderungen der Gefrierfleisch-Einfuhr hinter dem vom Reich festgesetzten Kontingent zurück. Seit Anfang dieser Woche ist aber das Gefrierfleisch im Vergleich zum inländischen Fleisch sehr preiswert geworden, so daß die Nachfrage nach Gefrierfleisch sich hob; infolgedessen überstiegen die Devisenanforderungen die festgesetzte Devisenmenge bei weitem und konnten von der Reichsbank nicht mehr voll befriedigt werden. —

Kommunistenverhaftungen in Hamburg. In einer Wirtschaft am Hamburger Hafen wurde eine geheime Kommunisten-Versammlung von der Polizei überrascht. Dabei wurden, dem „Freundenblatt“ zufolge, über 30 Kommunistenführer festgenommen. —

Einführung der Papiermark. Nach einer Wolff-Meldung fanden am Sonntag Besprechungen mit Sachverständigen über die Markstabilisierung statt. Die Sachverständigen erklärten die Absicht der Regierung, die Papiermark in einem bestimmten Verhältnis gegen ein wertbeständiges Zahlungsmittel einzuführen, für durchführbar. Ein endgültiger Beschluß des Reichskabinetts soll in Kürze gefaßt werden. —

Lebensmittelunruhen in Deutchen. Infolge der katastrophalen Teuerung machen sich in Deutchen Unruhen bemerkbar; besonders werden Lebensmittelgeschäfte und Bäckereien heimgesucht. Patrouillen der Schutzpolizei durchstreifen die Stadt. Es wurden einzelne Verhaftungen vorgenommen. —

Eine Sineses-Bank in Amsterdam. Der Varmer Bankverein wird binnen kurzen zu Amsterdam eine Zweigniederlassung errichten. Der Varmer Bankverein ist ein Mitglied in dem großen deutschen Provinzialbankentwurf, wozu u. a. die Bayerische Hypothek- und Wechselbank in München und die Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt in Leipzig gehören. Die Aktienmehrheit des Varmer Bankvereins ist in den Händen von Hugo Stinnes. —

Fälscher Kupbach zum zweitenmal verurteilt. Kupbach hatte sich am Donnerstag vor dem Berliner Landgericht wegen Fälschung von drei Einfuhrbewilligungen zu verantworten. Der Angeklagte wurde zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, die als Zusatzstrafe mit 6 Monaten in die Gesamtstrafe eingerechnet wurden. Der Staatsanwalt hatte 3 Jahre 6 Monate Gefängnis beantragt. —

Depechen.

Staltung der norwegischen Kommunisten. Wb. Christiania, 5. November. Auf der außerordentlichen Landesversammlung der norwegischen Arbeiterpartei wurde ein Schreiben des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationalen verlesen, das in ultimativer Form verlangt, daß der Parteikonferenz von Beschlüssen Abstand nehme, die gegen die Beschlüsse der Kommunistischen Internationalen verstoßen. Die Partei solle sich verpflichten, die geltenden Beschlüsse der Kongresse des Internationalen Exekutivkomitees loyal auszuführen und keine Ausschließung aus der Partei vorzunehmen, ohne die Frage dem Exekutivkomitee zur Entscheidung vorzulegen. Wenn diese Forderung von der Landesversammlung der Partei abgelehnt werde, seien die Delegierten dieser Versammlung damit aus der Kommunistischen Internationalen ausgetreten, und die Internationale wolle dann nur denjenigen Teil der norwegischen Arbeiterpartei als ihre norwegische Abteilung betrachten, die die von der Mehrheit des Parteikonferenzen getroffene Entscheidung nicht anerkenne.

Die Landesversammlung der norwegischen Arbeiterpartei verwarf mit 169 gegen 108 Stimmen das Ultimatum des Exekutivkomitees und nahm eine Erklärung an, daß es Recht und Pflicht der Landesversammlung sei, zu den vorliegenden Fragen Stellung zu nehmen und die Richtlinien der Politik der Partei in Norwegen selbst vorzugeben. Die Minderheit verließ darauf den Saal, während die Mehrheit die Landesversammlung fortsetzte. —

Der Reichsausschuß der Betriebsräte generell verboten. Reichsausschussminister Gehler hat den Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte mit Wirkung für das ganze Reich aufgelöst und verboten. In den letzten Tagen sind in Berlin zahlreiche Verhaftungen von Mitgliedern der kommunistischen Partei vorgenommen worden. Es sollen bei den Verhafteten Waffen und Material gegen die Kommunisten gefunden worden sein. —

Wer Gas und Kohle sparen will
der besitze die neuesten Vorrichtungen 1927 meiner Kohlen- und Gas-Sparartikel in meinem Geschäftsstuhl
Gareisstr. (früh. Kaiser-Wilhelm-Straße) 15
Reklameverkauf billiger Kochöfen
Kurt Seebald
Zerlegungsvorrichtungen. Verlangen Sie gratis Prospekt

Das Märchen vom Kater Magol
Reich illustriert.
Allen **Magol** Freunden gewidmet
Das Märchenbuch wird gratis abgegeben von allen Verkaufsstellen und von der Fabrik
MAGOL-WERKE ALBERT MÜLLER, MAGDEBURG.

Gegen Würmer
Spezial- u. Medizinischer wirksamer Spezialmittel
1. Erweichung u. Abwehr
Hof-Apotheke
Breitenweg 158, am Reichsboogen.
2 Röhre
zur Selbstbehandlung u. Selbst- u. Fremdbehandlung
entf. beschafft u. Sp. u. 2.087 an die „Post“

Standesamtliche Nachrichten.
Magdeburg-Altebest.
Todesfälle. 3. November. Ein geb. Gebirgsmann, Ehefrau des Kaufmanns Fritz Göttemann, 33 J., Luise geb. Reimann, Ehefrau des Verpächters Wilhelm Göttemann, 63 J., Emma geb. Schelle, Ehefrau des Eisenbahnbauers Ernst Göttemann, 31 J., Sofie geb. Göttemann, 36 J., Marie Margareta Göttemann geb. Kuppinger, 75 J., Redakteur Hans Göttemann, 30 J.
Magdeburg-Neuburg.
Todesfälle. 2. November. Walter Gebor, 27 J., Heizer Hermann Grottel, 65 J., Emma geb. Schmidt, Ehefrau des Postkassiers Rudolf Grottel, 31 J., Arbeiter-Invalide Heinrich Grottel, 30 J.
Magdeburg-Buckau.
Todesfälle. 31. Oktober. Besliste, E. des Druckers Erich Fiedle, 68 J., 1. November. Frau, E. des Friseurs Gustav Waller, 44 J., 2. November. Schloffer Wilhelm Schumann, 39 J.

2 Kinderstübchen, neu, 30.5 J., a. Heßler, g. Lebensmittel umg. Reuter, Sandst. 1, 11
Rachlangem, qualvollstem Leben entzogen am Freitag den 2. November mein langjähriger Mann, mein Sohn, Schwiegerjohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Richter **Abolf Seebald** im 42. Lebensjahre
Ramen: Frau, geb. Unterblinden, Marie Seebald.
Bestattung Freitag vorm. 11 Uhr auf dem Südfriedhof.

Der wahre Wert

eines Seifenpulvers liegt in seiner sachgemäßen Zusammensetzung. — Seifenpulver und Seifenpulver ist ein großer Unterschied! Es liegt auf der Hand daß minderwertige Erzeugnisse der Wäsche nicht nützlich sind.

Dirin

Hentel's beliebtes Seifenpulver ist ein Seifenpulver von großer Erlebigkeit u. hervorragender Waschwirkung. Seine Verwendung sichert sorgfältige Behandlung der Wäsche und

billiges Waschen

PL

Panorama-Lichtspiele.

PL

!! Der neue Schünzselfilm !!

Der Pantoffelheld

entfesselt täglich Lachstürme!

Außerdem:

Die Ratten

mit Emil Jannings.

Wenn Sie die trübe Zeit vergessen wollen, so kommen Sie zu uns

Täglich 5 Uhr — Sonntags 3 Uhr.

Ausverkauftes Haus

Walhalla-

Lichtspielen

Prinz Karneval

der Unionfilm der Ufa, ein Triumph der deutschen Kinematographie entzündet jedes Menschen Herz.

Anhaltend brausender Beifall

Karl Lu:n

in der Rolle eines unerbittlichen Schwerverwärters, der jedes scheinbar fluge Mädchen, ob Braun, Schwarz oder blond zu betören vermag,

ist einfach glänzend. Atemlose Spannung herrscht bei Durchführung des unbedingt mit als besten anzusprechenden Amerikafilmers

Die Rache der Tänzerin

mit Viola Dana.

Bilder aus d. Ruhrgebiet

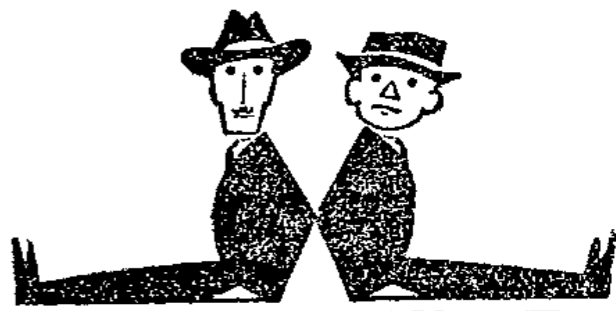
Unter fremdem Joch aus der Kulturabteilung der Universum-Film-A.G.

Spieltzeit: 5 Uhr — Werktags — 5 Uhr

Bis einschl. Donnerstag Wollen Sie eine Stunde herzlich lachen?

Dann besuchen Sie die

Fix-und-Fax-Woche!



Fix als Luftschiffer Fax
Fix auf freier Füßen Fax
Fix im Weltverkehr Fax
Fix im Zirkus Fax

Das Mädchen ohne Gewissen

Außerdem: Der große Ufa-Weltstadtfilm

Hauptrollen: Maria Zelenka — Viggo Larsen — Ernst Hoffmann

Beginn wochentags 7/8 Uhr. Beginn Sonntags 7/3 Uhr.

Obstbäume Schattenmorellen, Birnen, Äpfel,

Sobannisbeeren, große rote, weiße, schwarze, Rosen, edler Gitder, La. Pfämen, Heckenpflanzen, Stierstränder und Quitt u. zu Tagespreisen.

Bei werbefähigem Geld, 5 Proz. Rabatt Gartenanlagen und -arbeiten aller Art fachgemäß

H. O. Lübeck Haffelbachstraße Nr. 3 und Günter Weg Fernsprecher 324 u. 3177.

Homöop. Kranken-Behandlung

Dr. Altmann, Große Ringstraße 4, 1 St. Gegen alle Krankheiten. 1845 Sprezeit 9-1, 3-6 Uhr, Sonntags 11-1 Uhr.

Amliche Bekanntmachungen

Verhältniszahl für Ermäßigung beim Steuerabzug für 4. bis 10. November 2000. — Abrechnung des Steuerabzugs auf 10 Millionen nach unten.

Für die erste Hälfte des Monats November beträgt das Schulgeld für die hiesige Realschule 5,000.- bis 200.-, für auswärtige 6,750.000.- bis 200.-. Das Schulgeld ist bis zum 10. d. M. zu zahlen. Groß-Salze, den 3. November 1923. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Ausgabe neuen Postgeb. Da die Reichspost nicht in der Lage ist den Bedarf an Postgebühren zu decken, werden wir heute mit Datum vom 1. d. M. Postgebühren über 50 Milliarden Mark in den Verkehr. Es ist dafür Sorge getragen, daß der Gegenwert des Postgebührens durch U.berweisung eines entsprechenden Guthabens auf Sparkonto bei der Reichspostanstalt in Berlin sichergestellt wird. Neben diesem überwiegenen Guthaben hat die Stadtgemeinde mit ihrem gesamten Vermögen, insbesondere mit ihrem Wald, Aktien und Bausparbank sowie mit der Eisenstraße ihrer Selbstverwaltung für die Einlösung des Postgebührens. Außerdem hat der Kreis Jerchow I die wissenschaftliche Haftung für das Postgebühren übernommen. Die 50-Milliardenmarken sind zweifach bedeckt, sie haben auf der Vorderseite auf einem rotel ununteren ilia Zeile, in welchem die Zahl 50 eingelassen ist, in schwarzer Farbe folgenden Text: „Postgebühren der Stadt Burg. 50 Milliarden Mark. Burg, 1. November 1923. Der Magistrat.“ Unter den letzten Worten ist der Ravensburger „Schnee“ in brauner Farbe aufgebracht. Die Rückseite zeigt in bla Farbe eine treuliche Aovette, auf der von einer ununteren Linie ausgehend die Wertangabe „50 Milliarden“ in schwarzer Farbe wiederholt ist. Bemerkte über Gültigkeitsbereich und Gültigkeitsdauer des Postgebührens sind bei der Annahmehaltung unterhalb der Rückseite schwarz aufgebracht. Rückenscheinzeichnung und Reihenbezeichnung (A und B) sowie Stempel des Magistrats und des Kreisamtes dieses des Kreises Jerchow I sind auf der Rückseite braun aufgebracht. Am 3. d. M. werden wir 100-Milliardenmarken ausgeben. Verteilung der Scheine wird am gleichen Tage veröffentlicht werden. Burg, 3. November. Der Magistrat.

Raufe

zu wieder erhöhten Preisen 18/6

Firnleim

Schellack, Mattine W. Becker

Schmelzschloß (im Laden).

Stellenangebote

Jeden den besten Erfolg in der Volksstimme

HOZO

Kleinkunstbühne Hohenzollern. Täglich 8 Uhr:

Sonntags: 4-Uhr-Tea. Im Restaurant 2 Kapellen 2

Bunte Bühne

Zentraltheater-Restaurant. Täglich 7 1/2 Uhr: Das große Nov.-Prog.

Erna Lenz Edith Resalt W. S. Arivan Richard Wohlhold Estery-Duett Karl Pankau

Städtische Theater

Stadt-Theater Dienstag, 6. November 6. Abend

Schweiger

Drauerp. u. Gr. Beitel Anf. 7 1/2. Ende 10 Uhr. Wilhelm-Theater Dienstag, 6. November Sonntag, 7. November Der Raub der Sabirerinnen Schwanf von Gr. und P. von Schönbar. Anf. 7 1/2. Ende 10 1/4 Uhr.

Zentral

Nur noch 3 Tage!

Des Königs Nachbarin

Sonntags den 8. November: Zum 50. Male

Des Königs Nachbarin.

Frederich der Große Mag Grünberg a. G.

Die Braut des Lucullus!

Operette in 3 Akten von Jean Gilbert. Ueber 200 Mitwirkende. Fabelhafte Ausstattung.

Agon: Hans Horsten 1. Operetten-Tenor vom Berliner Theater als Gast.



Hab acht, pass auf, vergiss es nie, Erdal Schuhcreme spart Zeit und Müh.

Erdal

Werner & Mertz A.G. Mainz

Die Billigkeit unserer Preise!!

Vor dem Kriege Jetzt

Stehplatz	50 Pfg.	8 Pfg.
Mittelplatz	200 Pfg.	25 Pfg.
Loge	350 Pfg.	50 Pfg.

Täglich 7.45 Uhr!

gerechnet nach den letzten Saisonpreisen beim Stande von 75 Millionen für die Goldmark, d.h. unsere Preise waren am letzten Sonntag trotz Erhöhung nur durchschnittlich 1 Siebel des Friedenspreises



Vorplatz 10-1 und ab 4 Uhr im Circus. Nebenw. Platz: Für je 15 P.-d. Platz erhält Sitzgütermittelplätze. Geleentl. Probe täglich 10-12 1/2 Uhr.

Schaf-Wolle!!

Strumpf-Abfälle zum und leicht gegen Gerüche und Stoffe 1923

Frisch Sürges

Er gibt den besten Geschmack für die Haut. Preis 1.000 Mark. Fernsprecher 673.

Haare

Er gibt den besten Geschmack für die Haut. Preis 1.000 Mark. Fernsprecher 673.

Lackfabrik

nicht erweicht, nicht abblättert

Vorarbeiter

mit wachsendem Preisniveau. Anfertigung von 100 bis zu 1000 Stück. Preis 1.000 Mark. Fernsprecher 673.

Pistolen

Preis 1.000 Mark. Fernsprecher 673.

Nähe Hauptbahnhof wird kleiner

Laden

oder Lagerhaus gegen Abgang der jetzt gesucht, auch auf dem Hof. Preis unter 1000 an die Erben des Hiesigen Hauses.

Wieder vorrätig!

Mitteldentscher Volkskalender

Preis 500 Millionen

Bobby will filmen

Die erste Opernwache mit Aufnahmen von japanischen Erdbeten

Sonntag, 10.11.23. Beginn wochentags 4, Sonntags 3 Uhr.



My boy (Mein Junge)

mit Sackie Coogan, dem 10-jähr. Wunderknaben.

Larry Sennon auf der Brantschau

Entzückende Aufnahme von aus der Tierwelt.

Sierkinder

Entzückende Aufnahme von aus der Tierwelt.

Bobby will filmen

Die erste Opernwache mit Aufnahmen von japanischen Erdbeten

Sonntag, 10.11.23. Beginn wochentags 4, Sonntags 3 Uhr.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 6. November 1923

Bankrott der freien Brotwirtschaft.

Für den Handel besteht die Vorbedingung, daß die Preise nach dem amtlichen Dollarkurs berechnet werden müssen.

Vom Reichskabinett wurde der Beschluß gefaßt, das Mehl in Berliner Großhandlungen und Mühlen zu beschlagnahmen.

Große und dauernde Wirkung wird diese lokale Maßnahme nicht haben. Vor allem schon deshalb nicht, weil sie den Produzenten gar nicht nahe kommt.

Telegramm- und Fernsprechgebühren.

Table with 2 columns: Description of telegram and telegraph services, and corresponding costs in millions of marks.

Die für den laufenden Monat im voraus fällige Gebühr für die Pflichtgespräche wird noch nach dem Stande vom 1. November berechnet.

Table with 2 columns: Distance in km and corresponding telegraph rates.

Goldumrechnung der Steuern.

Der Goldumrechnungssatz für Reichssteuern wird vom 23. Oktober an täglich nachmittags nach dem Dollarkurs des gleichen Tages unter Abrundung festgesetzt.

Wenn später die Steuern selbst in Goldmark festgesetzt werden (wie z. B. schon jetzt die Landabgabe), so liegt die Sache einfach.

Steuerschuldigkeiten mit größtem Nachschub sind bekanntlich zu monatlichen Vorauszahlungen auf die Lohnsteuer verpflichtet.

Bei der Abführung der Lohnsteuer hat der Arbeitgeber schon nach der bisherigen Gesetzgebung die Steuer für den Zeitraum vom 20. bis zum 31. Oktober spätestens am 5. November abzuführen.

Rhein-Lohn-Abgabe und Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer und auf die Körperschaftsteuer sind am Tage der Fälligkeit (ohne Schonfrist) zu zahlen.

merkt am Tage der Fälligkeit aufgewertet, dabei ist ihr Papiermarkbetrag nach dem Goldumrechnungssatz, der am Fälligkeitstage gilt, in Goldmark umzurechnen.

Erwerbslosen-Unterstützung.

Vom 29. Oktober bis 3. November 1923 gelten folgende Unterstützungssätze für Erwerbslose:

- 1. für männliche Personen: a) über 21 Jahre 21 000 000 000 Mt. b) unter 21 Jahren 12 600 000 000 Mt. 2. für weibliche Personen: a) über 21 Jahre 18 800 000 000 Mt. b) unter 21 Jahren 9 800 000 000 Mt. 3. als Familienzuschläge für: a) den Ehegatten 7 800 000 000 Mt. b) die Kinder und sonstige unterstützungsbedürftige Angehörige 6 200 000 000 Mt.

Der neutrale Stahlhelm.

Am Sonntag tagten in Magdeburg die aus allen Teilen des Reiches telegraphisch nach Magdeburg „beorderten“ Mitglieder des Bundesvorstandes.

Wie einst im August 1914, so treten auch heute in schmerzlicher Vaterländischer Not die deutschen Frontkämpfer auf den Plan.

So geht's nicht weiter! Man verhandelt, aber handelt nicht. Millionen hungern. Tausende scheitern. Inzwischen reißen Lumpen Teile des deutschen Vaterlandes ab.

Handeln Sie, damit nicht andere handeln! Der Bundesvorstand des Stahlhelms (Bund der Frontsoldaten).

Bestrebend ist zunächst, daß das W. F. V. in einer Berliner Meldung ohne jeden einschränkenden Vorbehalt über ein Magdeburger Ereignis berichtet, das jenseitige W. F. V., das jede Kundgebung einer republikanischen Großorganisation als „Interessentennotiz“ ablehnt.

Im übrigen aber hat sich der Stahlhelm mit diesem Telegramm endlich demaskiert. Diese Organisation, die sich stets als politisch neutral und auf dem „Boden der Verfassung“ stehend bezeichnet, fordert hier den Umsturz dieser Verfassung unter der Drohung, daß, wenn ihr Wille nicht geschieht, andere, das heißt sie selbst, handeln werden.

Vom zukünftigen Magdeburg. Das Bauen ist zwar jetzt fast unmöglich geworden, aber man glaubt an die Zukunft und an ein neues Bauen und Wähen der Gemeinwesen.

Der Tätigkeit des Wohnungsamts im Oktober 1923. Am 31. Oktober waren 4729 Personen als dringende Wohnungsuchende vorgemerkt (Vormonat 4779).

Die Tätigkeit des Wohnungsamts im Oktober 1923. Am 31. Oktober waren 4729 Personen als dringende Wohnungsuchende vorgemerkt (Vormonat 4779).

Die Tätigkeit des Wohnungsamts im Oktober 1923. Am 31. Oktober waren 4729 Personen als dringende Wohnungsuchende vorgemerkt (Vormonat 4779).

Die Tätigkeit des Wohnungsamts im Oktober 1923. Am 31. Oktober waren 4729 Personen als dringende Wohnungsuchende vorgemerkt (Vormonat 4779).

Die Tätigkeit des Wohnungsamts im Oktober 1923. Am 31. Oktober waren 4729 Personen als dringende Wohnungsuchende vorgemerkt (Vormonat 4779).

Die Tätigkeit des Wohnungsamts im Oktober 1923. Am 31. Oktober waren 4729 Personen als dringende Wohnungsuchende vorgemerkt (Vormonat 4779).

Die Tätigkeit des Wohnungsamts im Oktober 1923. Am 31. Oktober waren 4729 Personen als dringende Wohnungsuchende vorgemerkt (Vormonat 4779).

Niedererschlagung als zu geringfügiger Geldstrafen. Grund des Reichsgesetzes über Vermögensstrafen und Buße.

Fürsorge für vertriebene Schulkinder. Der preussische Minister für Volksbildung hat, dem „Amtlichen Preussischen Presseblatt“ zufolge, an die Schulbehörden folgenden Erlaß gerichtet.

Der Reichsbund für Volksschulspiele, dem die Magdeburger Vereine Magdeburger Schauspielerverein, Dramatischer Verein vom Jahre 1901, Theatervereinsrat des Westens und die Theatralische Vereinigung Schüler mit zusammen über 3500 Mitgliedern angeschlossen sind.

Gehaltszahlung für Angestellte. Zwischen der Vereinigung der Arbeitgeberverbände und den Angestelltenorganisationen wurde vereinbart.

Schuldbürgerei. Der Sohn eines Arbeiters in der Neuhadt hatte an einem Tage die Schule „ohne ausreichende Entschuldigung“ veräumt.

Grundzahlen bei Gericht. Grundzahlen werden für die Zuständigkeit der Gerichte, Gerichtsstellen sowie die Gebühren der Gerichtskosten festgesetzt.

Der Berliner Markkurs gilt. Der Reichspräsident hat am 5. November 1923 auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung folgende Verordnung erlassen.

Zufahrt zu Kriegsbeschädigten. Die Auszahlung der Zufahrt zu Kriegsbeschädigten erfolgt am Mittwoch den 7. d. M.

Broterwerb nur gegen Brotmarken. Polizeipräsident und Magistrat weisen erneut darauf hin, daß die Abgabe von Schwarzrot ohne Brotmarken unzulässig ist.

Es gibt ehrliche Menschen. Wir teilen mit, daß im Wilhelm-Theater eine Umbauhöhe verloren wurde.

Eine Brieftasche mit wichtigen Ausweispapieren, auf Otto Nathus lautend, ist verlorengegangen.

Wegen Fahrradbrechens wurde der wohnungslose Handlungsgehilfe Paul Wagner aus Halle festgenommen.

Bermittelt wird seit 27. v. M. die Ehefrau Martha Brandt, 50 Jahre alt, Weidenstraße 8a wohnhaft gewesen.

Wegen Fahrbrechens wurde der wohnungslose Handlungsgehilfe Paul Wagner aus Halle festgenommen.

Wegen Fahrbrechens wurde der wohnungslose Handlungsgehilfe Paul Wagner aus Halle festgenommen.

Wegen Fahrbrechens wurde der wohnungslose Handlungsgehilfe Paul Wagner aus Halle festgenommen.

Wegen Fahrbrechens wurde der wohnungslose Handlungsgehilfe Paul Wagner aus Halle festgenommen.

Wegen Fahrbrechens wurde der wohnungslose Handlungsgehilfe Paul Wagner aus Halle festgenommen.

Wegen Fahrbrechens wurde der wohnungslose Handlungsgehilfe Paul Wagner aus Halle festgenommen.

Wegen Fahrbrechens wurde der wohnungslose Handlungsgehilfe Paul Wagner aus Halle festgenommen.

Wegen Fahrbrechens wurde der wohnungslose Handlungsgehilfe Paul Wagner aus Halle festgenommen.

Wegen Fahrbrechens wurde der wohnungslose Handlungsgehilfe Paul Wagner aus Halle festgenommen.

